



PLENUM

Foto: Schälte

Wenn das Geld knapper wird

17. Mai 2024 – Die Konjunktur schwächelt, Expertinnen und Experten rechnen mit sinkenden Steuereinnahmen auch in Nordrhein-Westfalen. In einer Aktuellen Stunde haben sich die Abgeordneten mit der aktuellen Haushaltspolitik der Landesregierung befasst. Die SPD-Fraktion sieht die Gefahr einer Haushaltssperre auf Nordrhein-Westfalen zukommen, die verhindert werden müsse.

Medienberichten zufolge komme Schwarz-Grün trotz Sparanstrengungen im Etat für 2024 nicht mit dem Geld aus, schreibt die SPD-Fraktion im Antrag (18/9230) zur Aktuellen Stunde. Das Ministerium des Innern plane, 10 Prozent der Ausgaben im eigenen Ressort einzusparen. Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk (CDU) habe angekündigt, staatliche Leistungen auf den Prüfstand zu stellen. Es drohten eine „Bruchlandung beim Haushaltsvollzug“ sowie eine „Haushaltssperre durch die Hintertür“.

„Ihr Haushalt ist heute, Mitte Mai, schon Makulatur“, sagte **Christian Dahm** (SPD). Das habe nichts mit der Konjunktur zu tun, die ursprünglich sogar schlechter erwartet worden sei. „Das hat allein was mit Ihrer schlechten Planung der Haushaltsaufstellung zu tun.“ Laut Medienberichten fehle im Haushalt dieses Jahres rund 1 Milliarde Euro. Der Finanzminister müsse darlegen, wo er in der Folge sparen und kürzen wolle: „Soll es weniger Streifenwagen geben? Wollen Sie weniger Präventionsarbeit, weniger Geld für Bildung, Kitas?“, fragte Dahm. Die Menschen und das Parlament hätten ein Recht darauf, dies zu erfahren.

Die Steuereinnahmen lägen nur bedingt im Einflussbereich des Landes, erklärte **Klaus Vausem** (CDU). Die Frühjahrsprognose der Bundesregierung belaufe sich auf nur 0,3 Prozent Wachstum. Ursprünglich habe der Bund jedoch mit 1,3 Prozent gerechnet. Dies habe die Landesregierung zugrunde gelegt. Die schlechtere Prognose bedeute etwa 1 Milliarde Euro weni-

ger Steuereinnahmen für Nordrhein-Westfalen. Es sei kein Zeichen von Inkompetenz, sondern von Verantwortung, vorausschauend damit umzugehen. Der Grundsatz „erst prüfen, dann auszahlen“ gelte ohnehin immer. Die politischen Prioritäten blieben bestehen.

„Auf Sand gebaut“

Die Haushaltspolitik sei „eine Achillesferse dieser schwarz-grünen Koalition“, sagte FDP-Fraktionschef **Henning Höne**. Sie habe von Anfang an getrickst – u. a. durch den Aufbau von Sondervermögen. Trotzdem drohe der Haushalt bei kleinsten konjunkturellen Veränderungen auseinanderzufallen, weil er „auf Sand gebaut“ sei. Die Landesregierung meide das Wort „Haushaltssperre“ wie der Teufel das Weihwasser. NRW brauche dringend eine neue Wirtschaftspolitik. Es mangle jedoch an Impulsen durch die Landesregierung. Sie schiebe Verantwortung nach Berlin ab, obwohl NRW besonders von der aktuellen Wirtschaftsentwicklung betroffen sei.

Der Krieg in der Ukraine hinterlasse auch wirtschaftliche Spuren, entgegnete Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer**. Negativ auf die Konjunktur wirkten sich zudem der demografische Wandel sowie ein Fachkräftemangel aus, der jahrzehntelang ignoriert worden sei. Hinzu komme ein Investitionsstau etwa bei Brücken und Straßen sowie der Bildungsinfrastruktur. Die Analyse ihres Vorredners sei daher „un-

terkomplex“. Es müsse auf Bundesebene mehr Spielraum für Investitionen geschaffen werden, was die FDP bisher aber blockiert habe. Die Folge seien sinkendes Wirtschaftswachstum und sinkende Steuereinnahmen.

Dr. Hartmut Beucker (AfD) kritisierte, dass der Landtag aus den Medien von der Finanzlage erfahren habe. Er betonte, das Haushaltsrecht sei das „Königsrecht“ eines Parlaments. Der Landtag hätte längst informiert werden müssen. Er sprach auch von einer „Form der Missachtung“ des Parlaments. Man dürfe und müsse erwarten, dass der Finanzminister den Abgeordneten und der Bevölkerung „reinen Wein“ einschenke. Beucker betonte zugleich, dass die Notwendigkeit des Sparens auch als Chance begriffen werden könne, um zwischen wichtigen und unwichtigen Ausgaben zu differenzieren und den Landeshaushalt langfristig „quasi zu entfetten“.

Finanzminister **Dr. Marcus Optendrenk** (CDU) betonte, die Landesregierung sei 2023 erfolgreich mit einer schwierigen Haushaltslage umgegangen, indem alle Ressorts Verantwortung übernommen und sparsam gewirtschaftet hätten. Diese Sparsamkeit sei die Voraussetzung, dass man auch 2024 mit dem Geld auskomme, das zur Verfügung stehe. Dabei sei eine Haushaltssperre nicht „das Mittel der Wahl“, weil sie nicht zielgenau sei. Die Landesregierung werde sich die Zahlen aus der aktuellen Steuerschätzung in Ruhe anschauen und auch weiter nach den Prinzipien der Sparsamkeit und der Generationengerechtigkeit haushalten. *sow, tob, wib*